

Mario Candeias

Die verbindende Partei im Praxis-Test

Eine Diskussion mit Dario Azzellini (PROKLA 181/2015)

Das Verhältnis von Bewegung und Partei muss organisiert werden. In welcher Weise, das ist immer wieder sowohl theoretisch als auch der konkreten Situation entsprechend zu diskutieren. Schon die Vorstellung, die wir von „Bewegung“ oder „Partei“ haben, ist dabei nicht unbedeutend. Denken wir Partei im bürgerlich-beschränkten Sinne als Wahlverein oder reine Parlamentspartei? Oder wollen wir eine Partei, die in der Bevölkerung verankert ist, eine zivilgesellschaftlich organisierende Kraft, die versucht, unterschiedliche Logiken zu verbinden und ihre Widersprüche zu bearbeiten, sich als Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprojektes versteht? Letzteres geht nicht, legt Dario Azzellini nahe (PROKLA 181/2015). Die Geschichte erweise es immer wieder. Das ist richtig. Es gibt nichts Richtiges im Falschen. Dennoch macht es im konkreten Fall doch einen beträchtlichen Unterschied, welche Versuche unternommen werden. Die Parteiform ist begrenzt, doch die reine Bewegungsform bekanntermaßen auch.

Der Gegensatz von Partei und Bewegung

Partei im engen Sinne und Bewegung unterliegen unterschiedlichen Handlungslogiken und Zwängen. Abgesehen von zahlreichen innerparteilichen Konflikten und Problemen zwischen verschiedenen Bewegungen geraten Partei und Bewegung durch die bürgerliche Trennung zwischen

politischer Gesellschaft (Staat) und Zivilgesellschaft (erweiterter Staat) immer wieder in reale Gegensätze. Azzellini versteht diese als „antagonistisch“. Dabei gerät ihm der Gegensatz zu schlicht: Bewegung ist tendenziell gut, Partei korrumpiert (im negativen Sinne des Immer-schon-eingebunden-Sein, was freilich für uns alle gilt). Zu den Begrenzungen und der „Korruption“ der reinen Bewegungsform etwa durch neoliberale Subjektkonstitutionen sagt Azzellini übrigens nichts. Doch tatsächlich ist es ja ein unleugbarer Widerspruch für (tendenziell) „antisystemische“ Parteien innerhalb des bürgerlichen Parteiensystems zu agieren, davon Teil zu sein und doch auf den Bruch zu orientieren – doch gibt es generell eben keinen Standpunkt im Außen, kein Außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wobei zur Kenntnis genommen werden muss, dass große Teile des linken Mosaiks, ob Parteien, Bewegungen oder Gewerkschaften, keine Perspektive eines Bruchs mit kapitalistischer Produktionsweise und bürgerlicher Gesellschaft verfolgen wollen. Und dennoch wollen wir als „Transformationslinke“ innerhalb des Mosaiks gemeinsame Handlungsfähigkeit entwickeln.

Aber bleiben wir beim Gegensatz von Partei und Bewegung: Azzellini spricht von einem Spannungsverhältnis von Kooperation und Konflikt. Nur sagt er nicht, wie dieses Spannungsverhältnis gestaltet werden kann. Denn dann wäre er wieder bei den Versuchen, die Bewegung

des Widerspruchs von Bewegungs- und Parteiform denken zu müssen – und bei all den mehr oder weniger sinnvollen Begriffen und Konzepten von Mosaiklinker, verbindender Partei etc. Oder eben bei den konkreten Versuchen der Bearbeitung des Gegensatzes und den dabei entstehenden Problemen, aus denen es zu lernen gilt. Wenn es darum geht, den Widerspruch von Bewegungs- und Parteiform bearbeitbar zu machen, genügt es ja nicht, Bewegung und Selbstorganisation zu stärken, sondern auch um die konkrete Form, den Typus von Partei zu kämpfen. Bei Azzelini ist die Parteiform statisch. Es macht gar keinen Sinn, den Kampf um die Form des Verhältnisses von Partei und Bewegung aufzunehmen. Wie soll dann aber ein Kooperations-Konflikt-Verhältnis gestaltet werden? Selbst wenn man seinen Standpunkt teilt, dass eine verbindende Partei oder ein Mosaik zum Scheitern verurteilt sind, bräuchte es ja eine Parteiform, die eher auf Bewegungsdruck reagiert als sich dagegen abzuschotten. Wie macht man das? Dazu kann man im Konkreten aus den beiden genannten Beispielen etwas lernen und – mit der gebotenen Vorsicht – auf unsere eigene Situation hier im Lande übertragen (vgl. Candeias 2015a). Dabei wird deutlich, der Widerspruch ist eben kein antagonistischer, in dem beide Seiten des Widerspruchs durch ihr Gegenteil konstituiert werden – wie bei Kapital und Arbeit. Umgekehrt: Eine transformierende Kraft kann nur als gesellschaftliche Partei gedacht werden, die die unterschiedlichen Elemente linker Politik je nach konkreter Situation neu verbindet, die durch die Anordnung der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder in Gegensatz gebracht werden, aber sich eigentlich wechselseitig bedingen, um die notwendige Kraft mit langem Atem überhaupt entfalten zu können.

Verbindende Praxen

Dabei beginnt das Problem der „verbindenden Partei“ oder des linken Mosaiks schon vor der Parteiform. Schon der Bewegungsraum ist fragmentiert. Der neue Bewegungszyklus seit 2011 tritt nicht einfach das Erbe vorangegangener Bewegungen an. So wenig die 1968er-Bewegung die Nachfolge der Arbeiterbewegung antrat und so wenig auch die Frauen- und Ökologiebewegung einfach nachfolgten, so entstanden die neuen Bewegungen nicht aus den erfolgreichen Kämpfen der globalisierungskritischen Bewegung. Jede der genannten Bewegungen tradiert Erfahrungen der vorangegangenen Bewegungen, zum Teil unbewusst, trägt teilweise politische Kämpfe weiter. Ihre Entstehung markiert fast immer aber auch einen Bruch mit den Vorgängerbewegungen, sowohl was ihre Ziele betrifft als auch ihre Kampfmittel und Organisationsprinzipien. Immer handelt es sich auch um eine andere gesellschaftliche Zusammensetzung der Bewegung, neue tragende Gruppen. So stellt jeder Zyklus immer auf neue und komplexere Weise die Frage der Vermittlung der Bewegungen und ihrer jeweils unabgeklonten Ziele und Erfahrungen. So war jeder neue Zyklus immer auch mit neuen Fragmentierungen und Spaltungen innerhalb der Linken verbunden (Candeias/Völpel 2014).

Zudem wurde über Jahrzehnte Diversität zu einer ausgeklügelten Machttechnik neoliberaler und imperialer Hegemonie verfeinert. Vielfach gespalten mangelte es den Subalternen an einer gemeinsamen Sprache oder einem Verständnis gemeinsamer Interessen. Dabei mangelte es ja nicht an Bewegungen. Wir waren vielmehr mit einer Vielzahl ineinander unübersetzbarer politischer Bewegungen und Forderungen konfrontiert. Hito Steyerl folgert im Anschluss an Gayatri Chakravorty Spivak: „In

Bezug auf eine politische Subjektwerdung stellte sich diese Politik der Differenz als fatal heraus, da eine Kakophonie von Monden entstand, die nichts mehr gemeinsam hatten und tendenziell in Konkurrenz zueinander standen“ oder sich wechselseitig ignorierten (Steyrer 2007: 13f.). In dieser Sprachlosigkeit, in der ein jeder für seine eigenen partikularen, ja identitären Interessen spricht, ist eines besonders unsagbar geworden: „eine Solidarität jenseits von Identität“ (ebd.: 14).

Dabei geht es eben nicht um eine vor-schnelle und falsche Vereinheitlichung, sondern um verbindende Formen, die inhaltliche Differenzen und (Organisations-)Kulturen nicht negieren, um den produktiven Umgang mit Differenzen, mit Machtungleichgewichten und unterschiedlichen Funktionslogiken zwischen parlamentarischer, betrieblicher und zivilgesellschaftlicher Politik, zwischen Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, verschiedenen Bewegungen und kleinen Initiativen und Gruppen, zwischen (Selbst-)Organisation und Repräsentation. Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde kann mehr eine Führungsrolle beanspruchen. Zugleich aber sollte vermieden werden, dass Pluralität in Spaltung umschlägt. Das geht nicht ohne heftige Konflikte, doch sollte die Produktion des Gemeinsamen im Vordergrund stehen (Candeias 2010).

Die gesellschaftlichen Mobilisierungen in Spanien und Griechenland schienen mit Blick auf solche verbindende Perspektiven einen großen Fortschritt zu ermöglichen. Diese an unzähligen Orten zugleich stattfindende molekulare Organisation hatte kein Zentrum, sie baute auf vermittelnde Strukturen. Je nach politischer Konjunktur und strategischer Notwendigkeit ging die Führung des Gesamtsubjekts von einem

Teil des Mosaiks auf einen anderen über: in Spanien etwa von der 15M-Bewegung über S25 zur PAH über Podemos zu den kommunalen Plattformen; oder in Griechenland von den anarchistischen Bewegungen und Gewerkschaften zu den Empörten und dann zu Syriza in Verbindung mit Solidaritätsnetzen – ohne das dies irgendeinen Endpunkt markieren würde.

Und sie brachten dabei die Organisationsfrage wieder auf die Tagesordnung, um anstatt „die Mehrheit zu repräsentieren, ... sie in Kämpfen um soziale Transformation herzustellen“ (Azzelini 2015: 639). Aus diesen Erfahrungen seit 2011 lässt sich immer noch viel lernen (ausführlich Candeias/Völpel 2014).

In beiden Ländern waren die Platzbesetzungen der Raum, an dem die isolierten Gruppen aus ihren jeweiligen sozialen Kontexten, Nischen, Szenen heraustreten und sich begegnen konnten: ein unorganisiertes subkulturelles vermeintlich „postpolitisches“ Milieu und organisierte Splittergruppen, internetaffine Jungaktivist_innen und alte Linke aus (globalisierungskritischer oder anarchistischer) Bewegung oder Partei, Aktive aus der gewerkschaftlichen Basis und alte Kämpfer_innen gegen die jeweilige Diktatur, um nur einige zu nennen.

Nach der Räumung der Plätze streute die Bewegung in die Barrios (die Nachbarschaften) – ohne sich jedoch zu zerstreuen. Dies war möglich, weil neben vielen jungen Menschen zahlreiche lokale Initiativen, linke Gruppen, gewerkschaftliche Basisorganisationen und Nachbarschaftsorganisationen von Beginn an Träger und Teil der Bewegung waren. Damit verbunden war ein Strategiewechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen und Protesten) hin zum Materiellen (Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse). Solidarische Netzwerke und Strukturen wurden

auf den Weg gebracht, die in der Lage sind, die unmittelbaren Alltagsbedürfnisse und Nöte zu befriedigen. Diese neuen Massenorganisationen wie die unterschiedlichen Protestwellen im Gesundheits- oder Bildungsbereich oder allen voran die Plataforma de Afectados por la Hipoteca (Plattform gegen Zwangsräumungen, PAH) beschränken sich nicht darauf, einfach Hilfe anzubieten, sondern sind selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung geworden. Sie sind die Basis der Reorganisation und der Eroberung der Zivilgesellschaft. So konnte in Spanien wie in Griechenland die Basis verbreitert werden, weit über die üblichen Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus. So konnten auch jene prekarierten und auch migrantisch geprägten Klassenfraktionen erreicht werden, die sich nichts mehr von Wahlen und Demokratie versprechen.

Diese solidarischen Praxen in der „Mitte und Unten“ lieferten die Grundlagen für den Erfolg von Syriza oder den spanischen Kommunalbewegungen in Barcelona, Madrid und vielen anderen Städten. Um vielleicht „Scheitern“ zu können wie Syriza, müssten wir erst einmal so erfolgreich sein, so weit kommen. Hinter diese Erfahrung sollten wir auch für die BRD oder andernorts nicht zurückfallen.

Was danach geschah

Griechenland: das Scheitern der verbindenden Partei

Unzählige Riots und Generalstreiks waren wichtige symbolische Aktionen zu Beginn der Krisenproteste 2009. Doch sie erschöpften sich rasch. Der entscheidende Punkt kam, den Platzbesetzungen in Nordafrika und Spanien folgend, mit der Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen. Dort begann auch der Aufstieg

Syrizas, weil es dort gelang, nicht mit den üblichen Symbolen und Fahnen für ihre Partei zu werben, sondern sich als Einzelne in die Debatten einzumischen, eine Infrastruktur für die Platzbesetzung bereitzustellen, und vor allem: Zuzuhören. Es gelang ihnen die Stimmungen, Leidenschaften und politischen Botschaften aufzugreifen. Syriza symbolisiert einen Verdichtungspunkt, der die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und den Protest in die Perspektive der Ergreifung der Regierungsmacht übersetzte. Und sie repräsentierten den Geist des Protests für viele jenseits der politisch Aktiven, nicht zuletzt in den unteren gesellschaftlichen Klassen und Gruppen.

Die Partei verband dies mit sehr weitgehenden Veränderungen der politischen Struktur der eigenen Organisation und entwickelte enge institutionelle, ja organische Verbindungen mit Bewegungen. So wurde zusammen mit Bewegungen das Netzwerk Solidarity4all gegründet, um die Solidarstrukturen landesweit zu vernetzen und zu stärken. Jede_R Abgeordnete führt einen wesentlichen Teil seiner Bezüge für den Solidaritätsfonds von Solidarity4all ab, von den Mitarbeiter_innen der Abgeordnet_innen wurde jeweils mindestens ein_e Mitarbeiter_in für die Arbeit in den Bewegungen freigestellt etc. Die Partei war als Infrastruktur für den Aufbau der Solidarbewegungen enorm bedeutsam.

Syriza ist dabei selbst von Bewegung durchdrungen. Etliche ihrer einfachen Mitglieder, aber auch Funktionäre der Partei, einige Parlamentsabgeordnete oder eben Mitarbeiter_innen der Abgeordneten sind nicht nur in Syriza, sondern seit Jahren selbst in außerparlamentarischen Initiativen und Kämpfen aktiv. Syriza war in den Bewegungen präsent, aber hat nie versucht, sie zu kontrollieren. Die Partei steht damit für einen neuen Typus von

Partei, der eben am ehesten durch Mimmo Porcaro's Begriff einer „verbindende Partei“ charakterisiert werden kann. Es handelt sich um eine Partei, die angesichts einer fragmentierten sozialen und politischen Situation nicht mehr als klassische Massenpartei mit Avantgardeanspruch, aber auch nicht einfach als Koalition unterschiedlicher Parteien funktionieren kann, sondern als „Koalition unterschiedlicher Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen etc. ... Die unterschiedlichen Partner der verbindenden Partei erfüllen verschiedene Rollen und Funktionen und jeder Partner kann zum Anführer der gesamten Front werden“ (Porcaro 2013, vgl. auch 2011). Eine verbindende Partei macht dabei die „sozialen und kulturellen Spaltungen zwischen und innerhalb der subalternen Klassen sowie ihre Überwindung zum expliziten Gegenstand der politischen Analyse und Strategiebildung“ (Rehmann 2013: 139f.). Azzelini verkürzt in seinem PROKLA-Beitrag die verbindende gesellschaftliche Partei auf die bürgerliche Partei-Partei.

Allerdings gelang es Syriza später kaum, einen umgekehrten Weg von Impulsen der Bewegungen und der Partei zu gewährleisten, wie es noch zu Zeiten der Syntagma-Besetzung gelang (vgl. Koronakis 2011). „Wir haben keine aktive Beziehung zur Gesellschaft“ aufrechterhalten, in diesem Sinne mangelnder Öffnung gab es nach der Regierungsübernahme „kaum noch einen Unterschied im Agieren zu ND und PASOK“, resümiert der ehemalige Generalsekretär Tasos Koronakis (2015b). Dieser konkrete Versuch einer verbindenden Partei ist gescheitert. Dafür gibt es viele Gründe, auf die wir vielleicht in der Diskussion eingehen können.

Gesellschaftliche Transformation oder Regierung

Bei Gramsci lernen wir, „es muss eine ‘politische Hegemonie’ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben.“ (GH, Bd.1: 102) Das wurde beherzigt. Syriza baute auf der gesellschaftlichen Mobilisierung seit 2011 auf. Sie gewann natürlich keine materielle Hegemonie im umfassenden Sinne, aber eine starke Verankerung und die Meinungshoheit in der Bevölkerung, konnte ein sichtbares gegenhegemoniales gesellschaftliches Projekt verkörpern. Doch es genügt eben auch nicht, die zivilgesellschaftliche „Hegemonie“ vor dem Regierungsantritt innezuhaben. Es war klar, die Handlungsspielräume innerhalb der gegebenen Institutionen dürften „mehr als gering sein: Weder der Griff der Troika noch der internationalen Finanzmärkte dürfte nachlassen – im Gegenteil. ... Eine Linksregierung wäre eingezwängt zwischen dem autoritären europäischen Konstitutionalismus und einem von PASOK und ND klientilistisch besetzten bürokratischen Apparat. Auch müsste sie durch Maßnahmen von kapitalistischer Seite mit einer sich noch vertiefenden ökonomischen Krise rechnen. Zurückweisung und Neuverhandlung der Memoranden ... werden nicht ausreichen.“ (Candeias 2013)

Ebenso war klar: Syriza hatte keine Alternative. Nach dem Wahlsieg wäre es unmöglich gewesen, nicht die Regierung zu übernehmen, sie einer „großen“ Koalition der korrupten „Parteien des Systems“ zu überlassen, die die katastrophale Lage im Land zusammen mit der Troika zu verantworten hatten. „Es gab eine Art ‘Mobilmachung’ von den unteren Bevölkerungsschichten, die von Syriza

die Regierungsübernahme erwarteten.“ (Spourdalakis 2015) Dennoch hätte man wissen können – und viele wussten es –, dass die Zumutung des Regierens auf der überkommenen Basis nicht tragfähig sein konnte. Das anfänglich zügig umgesetzte humanitäre Notprogramm hätte begleitet werden müssen, „von einem Bruch, der große Teile der Bevölkerung in einen Prozess der kollektiven Reorganisation und Neugründung der Demokratie einbindet“ (Candeias 2013).

Eine wirkliche Transformation kann keine Transformation durch den Staat sein. Oder wie es bei Nicos Poulantzas (1978: 289f.) heißt: „Eine Transformation des Staatsapparats ... kann sich nur auf ein gesteigertes Eingreifen der Volksmassen in den Staat stützen – sicherlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Vertreter der Volksmassen, aber auch durch die Entfaltung ihrer eigenen Initiativen innerhalb des Staates. ... (sie wird) sich nicht auf eine bloße Demokratisierung des Staates beschränken können. ... Diese Transformation muss von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden.“ Oder wie Andreas Karitzis (2015) es ausdrückt: „Die Eskalation von Seiten der Eliten erfordert eine Gegenstrategie, die die Menschen ermächtigt eine Position einzunehmen, um auf alternative Weise die grundlegenden Funktionen einer Gesellschaft selbst zu übernehmen.“

„Solidaritätsinitiativen können wichtige Ausgangspunkte für Kämpfe um/ für den Wohlfahrtsstaat sein“. In ihnen als organisatorischen Knoten, kann „das Selbstbild der Menschen, von dem, was sie erreichen können“, verändert, „mit ihnen zusammen das Verständnis ihrer eigenen Fähigkeit zur Macht“ entfaltet werden (Wainwright 2012: 122). Sie sind

damit potenziell nicht nur ein wirksames Gegenmittel gegen (rechten) Populismus, sondern können auch Abhängigkeiten gegenüber einer (linken) Regierung mindern und Klientelismus vorbeugen. Sie beschränken sich nicht auf ein „bürgerschaftliches Engagement“, das die Defizite des ausgedünnten Sozialstaates kompensiert, sondern zielen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der direkten Aneignung auf einen demokratischen Umbau. Ausbau und Demokratisierung des Sozialstaates sollen aus dieser Perspektive Mittel und Entscheidungsmacht in die Zivilgesellschaft umleiten: „In and against the state“ (Holloway)

Ein Beispiel.: Die Bewegung der solidarischen Kliniken mit ihrem Wissen und Engagement von Ärzt_innen, Krankenpfleger_innen, Patient_innen, Angehörigen und Aktiven beispielsweise hätte eine Basis für eine Reform des öffentlichen Gesundheitssystems sein können, die auf Partizipation und Offenheit zielt und die Verwaltungen für die Massen öffnet, ihr Wissen nutzt, ihre Macht dort verankert. Räte auf allen Ebenen hätten gebildet werden können, die den Umbau des Staates machtvoller vorantreiben können als ein einzelner linker Minister an der Spitze eines von Klientelismus und Korruption durchsetzten Apparates. Dies schließt eine Umgehung, Aufbrechen und Reform der klientelistisch besetzten Apparate ein, insbesondere in der Steuerverwaltung.

Auf eine solche Doppelstrategie von Verhandlung und Bruch wurde verzichtet. Man wollte einen „Zwei-Fronten-Krieg“ vermeiden und daher keinen Konflikt mit der griechischen Bourgeoisie im Innern riskieren. Also wurde auf eben jene Mobilisierung verzichtet, die der Regierung den Rücken hätte stärken können, nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch im Kampf gegen Korruption und Steuerhinterziehung, für die

Kürzung der horrenden Rüstungsausgaben, die Einführung einer Reichensteuer – gerade diese Punkte waren in der antigriechischen Propaganda in den Gläubigerländern immer wieder der Regierung vorgeworfen worden – blanke Heuchelei, wie wir wissen, da die Troika selbst diese Maßnahmen verhinderte.

Darüber hinaus hätte eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft auch wichtiges Korrektiv für die Regierung sein können. Der Verzicht führte zu einer Passivierung der Zivilgesellschaft in diesem Prozess. „Syriza als Ganzes – trotz der massenhaften Präsenz ihrer Einzelmitglieder in den sozialen Bewegungen – beschwor die Bevölkerungsbeteiligung mehr, als dass sie sie tatsächlich voranbrachte. Entgegen ihren Verlautbarungen ‘öffnete’ die Syriza-Regierung also die Regierungsverfahren nicht und hat über Institutionen für breitere Verhandlungen und partizipatorische Demokratie nicht einmal nachgedacht.“ (Albanis 2015)

Auch die Linke Plattform hatte übrigens keine solche Strategie, verfolgte mit ihrer auf einen „Grexit“ zugespitzten Programmatik eine rein parlamentarische und etatistische Taktik. An einer gesellschaftlichen Mobilisierung schienen sie nicht interessiert. Panagiotis Sotiris, Ex-Antarsya und Mitglied der neu gegründeten Volkseinheit resümiert selbstkritisch: Die Kräfte, aus denen sich die neue Partei zusammensetzte „wirkten wie eine Variation von Syriza, die glaubwürdig zu ihren Prinzipien stand, aber eben nicht wie eine neue Front, die organisch aus den Bewegungen und den sozialen Antagonismen erwächst ... Unserer Partei gelang es nicht, sich für die ... Erfahrungen der Bewegung zu öffnen“ (Sotiris 2015; vgl. auch Spourdakis 2015).

Falsch ist die Analyse, die Bewegungen wären bereits abgeflaut gewesen, als Syriza an die Macht kam, wie es so oft heißt

(Sablowski 2015; Strohschneider 2015). Was versteht man als Bewegung? Die relativ wirkungslosen Generalstreiks? Die spektakulären Demonstrationen? Oder die Ausbreitung der Organisation über die solidarischen Strukturen im ganzen Land und die Entwicklung einer verbindenden (gesellschaftlichen wie parlamentarischen) Partei? Erstere waren in der Tat längst abgeflaut. Nach der Besetzung des Syntagma-Platzes ging es in die mühselige Alltagsarbeit der Organisation in den Vierteln und einer vielfältigen solidarischen Ökonomie (Candeias/Völpel 2014: 162ff.). Diese ist weniger sichtbar, mit enormem Verschleiß, aber auch ungebrochenem Engagement und Wirkung verbunden. Tatsächlich haben die Solidarstrukturen mit der in Griechenland bereits länger sich zuspitzenden Flüchtlingskrise nicht an Dynamik eingebüßt, sondern noch an Aktiven, Engagement und Dynamik zugelegt, wie Eleni Chatzimichali (2015) vom Netzwerk der Solidarischen Kliniken berichtet. Vielmehr ist nach der Niederlage nun jedem deutlich geworden, dass auch eine linke Regierung in dieser Situation die Solidarstrukturen nicht durch die Wiederherstellung und den Ausbau eines Sozialstaates überflüssig werden lässt, man für das tägliche Überleben nicht auf die Regierung hoffen kann. Auch bei den Kooperativen oder den „Märkten ohne Mittelmänner“ hat die Zahl der Aktiven und das Engagement zugenommen. Dabei müssten „wir darauf achten, dass der politische Kern der Solidarstrukturen nicht ausgehöhlt wird,“ auf Hilfestrukturen reduziert wird. „Demobilisiert wurden hingegen die antagonistischen Widerstandsbewegungen (etwa die Anti-Privatisierungs- und Anti-Zwangsräumungsbewegung), nicht aber die Solidarbewegungen.“ (Ebd.)

Widerlegt wird die Demobilisierung der Zivilgesellschaft auch durch das

Referendum und das Oxi. Die Mobilisierung überraschte die Beteiligten (insbesondere die Regierung) vielleicht noch stärker als der Ausgang des Referendums. Das Oxi war mit einer Explosion der Kreativität und Aneignung der Kampagne von unten verbunden. Die Kampagne aktualisierte auf diese Art die Erfahrungen der Besetzungen des Syntagma-Platzes. Obwohl Monate verschenkt waren, hätte das Oxi genutzt werden können. Doch „es gab weder Überlegungen, um die gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, die ihre Bereitwilligkeit mit den 61 Prozent des Referendums zum Ausdruck gebracht hatten, noch gab es Überlegungen zur Stärkung der gesellschaftlichen Solidar- und Parallelstrukturen, die aus der Krise hervorgegangen waren.“ (Panagiotakis 2015)

Dies liegt weniger an der Parteiform als solcher, wie Azzellini annimmt, als an politischen Strömungen der Linken, stärker institutionelle vs. Bewegungspolitik, stärker repräsentativ vs. Selbst-Repräsentation. Zu viele in der Linken folgen den überkommenen alten Politikmustern, vor allem aufseiten der „Regierungslinken“, aber zum Teil auch aufseiten oft antiinstitutionellen Bewegungslinken – zu wenige arbeiten an verbindenden Perspektiven und Praxen.

Obwohl die unverzichtbare Rolle von gesellschaftlichen Bewegungen in der Linken weithin anerkannt ist, dominiert die verbreitete Vorstellung eines linear aufsteigenden politischen Organisationsprozesses: Am Anfang sind der Protest und die Bewegung, darauf folgt der Aufbau einer neuen und/oder der Umbau alter linker Parteien, die schließlich antritt, um Wahlen für sich zu entscheiden, die Macht zu erobern und die „richtige“ Politik umzusetzen. Bewegungen haben ihren Platz, aber die Vorstellungen Machteroberung bleiben altmodisch, parlamentszentriert, etatistisch. „Wir machen das.“ Doch dieses

traditionelle Verhältnis zur Regierung „ist nicht mehr tragfähig. Der Staat kann nicht bereitstellen, was Menschen benötigen“ (Karitzis 2015).

Stattdessen müsste klar sein: Die Übernahme der institutionellen Regierungsmacht ist nicht der Moment der Ablösung des Bewegungsmoments. Mit dem Regierungsantritt müsste vielmehr das Bewegungsmoment noch verstärkt, Selbstorganisation in allen Bereichen ausgebaut werden. Es müssten neue verbindende Praxen zwischen den unterschiedlichen Funktionen von Regierung, Partei, Bewegung und gesellschaftlichen Selbstorganisationen entwickelt werden – statt stellvertretend für die Bewegungen und die Wähler_innen zu agieren und von Fall zu Fall die Bewegungen anzurufen, um für die Regierung zu mobilisieren.

Wiederholte Mobilisierung von Fall zu Fall ohne wirkliche Mitsprache führt jedoch zu Enttäuschung, Distanzierung, Rückzug und Spaltung – wie nach dem Referendum. In Griechenland spaltet sich nicht nur die Linke Plattform von Syriza ab, viel gravierender ist der rasante Verlust der Basis, die in Scharen austritt, unter ihnen zahlreiche der aktivsten Verbindungspersonen in Zivilgesellschaft und Bewegungen. Noch gibt es keinen offenen Bruch von Bewegungen und Syriza, noch wird über die richtige Konsequenz und Haltung diskutiert. „Die Bewegungsleute sind raus“ aus der Partei – vor diesem Hintergrund wird es „schwierig mit rein parlamentarisch orientierten Leuten eine Politik der Stärkung von Solidarstrukturen und Bewegungen zu verhandeln“, meint Chatzimichali (2015). Diskutiert wird über die Gründung einer neuen zivilgesellschaftlichen Plattform, die sich nicht an der Regierung abarbeiten soll, sondern eine eigene Agenda der gesellschaftlichen Organisation und Transformation

verfolgt und damit mittelbar Druck oder Unterstützung gegenüber Syriza darstellen kann. Das Verhältnis zwischen Partei und Bewegung muss sich nun wieder stärker in Richtung eines Verhältnisses von Kooperation und Konflikt gehen, bei starker Autonomie der Bewegung, vergleichbar weniger dem vom Versuch einer verbindenden Partei als dem Modell der brasilianischen Landlosenbewegung MST zur Zeit der Regierung Lula. In der jetzigen Situation, da bin ich vielleicht mit Azzellini einig, ist dies ein richtiger Schritt.

Damit ist dieser konkrete Versuch einer verbindenden Partei gescheitert. Nicht unbedingt ist damit auch das Konzept der verbindenden Partei gescheitert. Denn auch die Redynamisierung des Bewegungsmoments allein wird unendlich schwierig und kaum ausreichend sein, um eine gesellschaftliche Transformation gegen die bestehenden Institutionen zu unternehmen.

Das Scheitern ist keine reine Frage der Parteiform, sondern der mangelnden strategischen Orientierung und falscher Arbeitsteilung. Verbindende Praxis quer zu den Spaltungslinien innerhalb der Partei und der gesellschaftlichen Linken zu entwickeln, sollte eine Aufgabe aller Teile der Linken sein, mindestens aber der jeweiligen Führungsgruppen (und nicht einiger weniger Verbindungspersonen oder Vermittlungsintellektueller).

Zentral wäre dabei nicht nur die Gewährleistung der Autonomie der Bewegungen, sondern auch der Partei gegenüber der Regierung. Syriza drohte von Anfang an „die Gefahr einer vollständigen Vereinnahmung durch Regierungsverpflichtungen, unter Aufgabe des wichtigsten Bestandteils der bisherigen Erfolgsstrategie der Partei“, so Elena Papadopoulou (2015), Staatssekretärin im Finanzministerium. Dagegen gelte es, „die eigene Präsenz im sozialen Feld aufrechtzuerhalten und sogar

auszubauen“ (ebd.). Das ist nicht gelungen. Die Partei wurde gegenüber Regierung und Parlament marginalisiert. Sie spielte keine eigene Rolle mehr. Auch die Mitglieder wurden „zu keinem Zeitpunkt und in keiner Frage zurate gezogen“ (ebd.). Ein klassischer Fehler: die Unterordnung der Partei unter die Regierung, statt sie als eigenständige gesellschaftliche Kraft, als Ort der offenen Debatte und Organisation zu begreifen – nicht einfach in Opposition zur Regierung, sondern in der Funktion der wechselseitigen kritischen Vermittlung zwischen Regierungsfunktionen, Partei und Zivilgesellschaft sowie Bewegungen (vgl. unten im Abschnitt zu Spanien).

Spanien: Populismus versus verbindende populäre Plattformen

Auch in Spanien gelang es, die Zivilgesellschaft zu erobern. Doch die Bewegungen erkannten, dass dies nicht ausreicht. Die Regierung setzte ungerührt ihre perspektivlose Kürzungspolitik fort und verschärfte die Repression gegen die Bewegungen. Letztere nahmen daraufhin Kurs auf die Eroberung der Institutionen – mit dem Ziel allerdings, diese Institutionen in einem konstitutiven Prozess neu zu begründen, im Sinne „wirklicher Demokratie“. In den Bewegungen gibt es ein starkes Bewusstsein dafür, dass es nicht ausreicht, an die Regierung zu kommen, dass vielmehr die Institutionen selbst demokratisiert und umgebaut werden müssen.

In dieser Situation wusste eine kleine Gruppe um Pablo Iglesias das geschichtliche Moment richtig zu lesen und gründete Podemos. Die Partei ist also nicht aus den Bewegungen hervorgegangen. Sie ist zunächst eine Kaderpartei mit charismatischem Führungspersonal, das im richtigen Moment die Initiative ergriffen hat, die die

Izquierda Unida (IU) verpasste. Podemos hat dabei jedoch wichtige Impulse aus der Bewegung der Platzbesetzungen aufgenommen. Seither hat sich ihr Charakter aber deutlich verändert.

Podemos verfolgt – Ernesto Laclau folgend – eine Option des diskursiv konstruierten Populismus, der die Konvergenz der vielen unterschiedlichen Gruppen und Forderungen, Identitäten und Kulturen eben vor allem in diskursiven Akten zusammenbindet und verdichtet (Candeias 2015b). Die Strategie ist extrem stark auf Repräsentation in Medien und Versammlungen gerichtet. Die Elemente der Selbstorganisation, beispielsweise die Zirkel, die zunächst großen Zulauf hatten und in denen die Basis der Partei organisiert ist, wurde in den Mechanismen der Entscheidungsfindung marginalisiert. Dies hat auch mit der auf Laclau aufbauenden „Hypothese Podemos“ (Errejon) zu tun: Sie geht davon aus, dass das Bewegungsmoment vergangen ist, die Bewegungen abgeflaut sind – kontrafaktisch zum realen Geschehen wie ein Blick auf die Mareas, immer wiederkehrende Massenproteste oder eben die PAH deutlich machen können. Statt ergänzend ein Instrument zur Eroberung der institutionellen Macht zu schaffen, soll es an die Stelle der Bewegungen treten. Keine verbindende Partei, sondern eine Partei mit klassischem Führungsanspruch, verbunden mit der Überhöhung der diskursiven Konstruktion von Hegemonie, statt realer Verankerung in der Gesellschaft. Dies brachte organisationspolitische Probleme mit sich, da sich die Partei, ohne entwickelte Strukturen, auf einige wenige Kader stützt. Statt die Organisation zu öffnen, verfolgt die Führungsspitze eine massive Hierarchisierung, um das Erscheinungsbild in den Medien zu kontrollieren, auch gegen den Aufstand von großen Teilen der Basis und zahlreichen Funktionsträger_innen.

Eine Öffnung wird auf den Moment nach der Wahl geschoben – was angesichts der angezielten Regierungsübernahme als absurd erscheint. Eine Kooperation mit der erneuerten IU unter Alberto Garçon wurde brüsk abgelehnt. Aber auch mit breiten Wahlplattformen getragen von Bewegungen und Bündnissen tut sich die Führung von Podemos bis heute schwer. Und das, obwohl diese bei Kommunal- und nun bei den landesweiten Parlamentswahlen (in u.a. Katalonien, Galizien, Valencia) jeweils die besten Ergebnisse erzielten (Zelik 2015a und b, Candeias 2015c).

Damit unterscheidet sich die Partei deutlich von Syriza, die – eher Gramsci folgend – eine organisch-populäre Strategie verfolgt, die auf einer alltäglichen und engen Kooperation mit den Bewegungen und Solidarstrukturen aufbaut und von dort aus versuchte, mit der gewonnenen Glaubwürdigkeit auch andere Teile der Bevölkerung zu repräsentieren. Beide Strategien zu verbinden suchen, in unterschiedlicher Zusammensetzung, die neuen verbindenden Plattformen auf regionaler und kommunaler Ebene, wie Barcelona en Comú, Ahora Madrid, Marea Atlántica und viele, viele andere. Sie sind es, die verschiedene Bewegungen und unterschiedliche linke Parteien, Selbstorganisation und Repräsentation, in ein neues Verhältnis zu bringen suchen, ohne selbst eine klassische Parteiform anzunehmen. Sie richten sich zunächst an die nicht organisierte gesellschaftliche Mehrheit, an jene, die weder in Bewegungen noch in Parteien aktiv sind. Ihre Basis sind die organisierten Viertel, die Bewegungen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nicht um die Orientierung auf den Typus einer „Bewegungspartei“. Auch wenn es gelingt, mehr Aktive vor Ort in konkrete Organisation einzubeziehen, wäre es ein Fehlschluss, diese

Stärkung der Bewegungen oder der Partei als zivilgesellschaftlich verankerte als „Ausdruck der Bevölkerung“ zu betrachten – dies machen Porcaro wie Iglesias immer wieder deutlich. Die Bewegungen zeigen nur einen Ausschnitt, von Teilen der Bevölkerung, die über Zeit und Ressourcen für politisches Engagement verfügen. Die Partei (oder die Plattform) muss auch Gruppen erreichen, die Bewegungen oft nur schwer oder gar nicht erreichen, die sich von der Politik vielleicht aus gutem Grund abgewendet haben. Eine Verankerung in den und Verbindung mit den aktiven Teilen der Bevölkerung und allerlei linken Organisationen und Bewegungen reicht nicht aus. Dies war auch ein Gründungsimpuls der zivilgesellschaftlichen Plattform Barcelona en Comú (vgl. Colau 2014).

Es geht darum, auch jene populären Klassen einzubeziehen, die „aus isolierten Individuen“ bestehen, „die sich nicht durch Selbstorganisation verbinden“. Es sind Fraktionen, die entweder nicht über die Ressourcen (Zeit, psycho-physische Konstitution, 'kulturelles Kapital', räumliche Nähe etc.) verfügen, um sich selbst zu organisieren, und/oder „die traditionellen Parteien kritisieren, aber trotzdem von einer 'effizienten' Partei träumen, ein 'Volk', das den Staat kritisiert, aber trotzdem einen einflussreichen Staat will, der in der Lage ist, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen“ (Porcaro 2013: 145). Damit diese Gruppen nicht von neuen rechten oder (proto-)faschistischen Parteien eingebunden werden oder sich diffusen neuen Formationen anschließen, müsste eine linke Partei oder eine Plattform als Teil beziehungsweise spezifische Funktion eines Mosaiks nicht nur stärker zur Bewegungspartei werden, sondern wahrscheinlich „auch einige Wesenszüge der alten Massenpartei übernehmen“. Sie müsste repräsentieren und vielleicht

auch, „mit der gebotenen Vorsicht einige Aspekte einer Politik nutzen, die sich auf persönliches Charisma stützt“ (ebd.) – ein „postautoritäres Charisma“ einer Gruppe, das durch Überzeugung und Führung gekennzeichnet ist, mit der Durchsetzung sozialer Verbesserungen beziehungsweise mit dem Abbau sozialer Zwänge und Nöte die Handlungsfähigkeit der Einzelnen stärkt und Möglichkeiten zur Selbstaktivierung und Selbstregierung entwickelt (Candeias/Völpel 2014: 209). Repräsentation kann so verbindend wirken – freilich – in Erinnerung an Gayatri Spivak – immer in der Gefahr, die Subalternen der eigenen Sprache zu berauben beziehungsweise „für ihre Sprache taub zu sein“ (Kaendl/Rilling 2011: 22). Repräsentation bleibt immer prekär.

So operieren eben nicht nur Syriza und Podemos mit charismatischen Führungspersönlichkeiten, sondern auch Bewegungen wie die PAH, deren Sprecherin Ada Colau war, bevor sie zu einer Galionsfigur der Krisenproteste in Spanien geworden, die Führung von Barcelona en Comú übernahm. Auch Ahora Madrid hat mit Manuela Carmena eine solche Person an der Spitze. Deren postautoritäres Charisma ist weniger ihr persönliches noch ein durch ein Amt verliehenes. Vielmehr verdichtet sich in diesen Personen die Kultur einer Suche nach wirklicher Demokratie, nach neuen solidarischen Umgangsformen – sie repräsentieren die neuen politischen Formen (Candeias/Völpel 2014: 209). Entfernen sie sich davon, verlieren sie das entsprechende Charisma. Alexis Tsipras hat dies erlebt, auch Pablo Iglesias während des straukelnden Wahlkampfes und der Hierarchisierung der Parteiorganisation. Postautoritäres Charisma ist daher etwas anderes als das autoritäre Charisma einer (tendenziell nicht mehr hinterfragbaren) Führungsfigur, die die Macht konzentriert.

Mit Blick auf die kommunalen Plattformen und die sie tragenden Bewegungen wird sich eher am Prinzip der Delegation als der Repräsentation orientiert. Wichtiger ist jedoch die Orientierung auf Öffnung der Apparate, die offenen Consultas und Versammlungen, die Verlagerung von Entscheidungen in Nachbarschaftsräte und andere Räte sowie die Förderung der Selbstorganisation durch die Regierung. Denn zunächst absorbiert die Besetzung der Regierung, ob in Griechenland oder im spanischen Staat, Personal aus den Bewegungen. Die Regierung muss also die Selbstorganisation befördern und dafür Ressourcen zur Verfügung stellen, Kontrolle abgeben. Die Partei oder Plattform muss als Teil der Bewegungen als organisierende Kraft selbst aktiv sein. Eine zu schlichte Arbeitsteilung funktioniert nicht.

Auf landesweiter Ebene ist eine solche Plattform bisher nicht gelungen. Die Initiative *Ahora en Comun*, die die Dynamik der Übersetzung der kommunalen Erfahrungen auf höhere Ebene anstrebte, ist gescheitert. Da die alte Regierung abgewählt wurde, aber keine neue zustande kommt, stehen nun baldige Neuwahlen an.

Und wir?

Es war mehr als klar und immer wieder formuliert worden, auch von Tsipras: ein Land, eine Regierung alleine kann es unmöglich schaffen. Sie haben das Unmögliche versucht. Und sie haben die Frage der Demokratie in Europa politisiert. Damit war Syriza ein „großer Katalysator“ (Strohschneider 2015), der den Charakter des derzeitigen europäischen Projekts eines autoritären Neoliberalismus demaskierte und zugleich einen Hoffnungsschimmer auf ein anderes Europa weckte. Künftig wird über vieles in der EU „anders gesprochen werden müssen“ (ebd.).

Wir, die gesellschaftliche Linke, vor allem in den „EU-Kernländern“, haben nichts beigetragen zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Europa. Oder anders gesagt: Wird die Linke „nicht erfolgreicher, was die Fähigkeit zur Radikalität ebenso einschließen müsste wie die zu neuer Bündnisfähigkeit, wird sich die in Berlin (und Brüssel) verfolgte Strategie weiter durchsetzen“ (Strohschneider 2015). Die gar nicht so kleine Linke, Parteien wie Bewegungen, Intellektuelle und Gewerkschaften in der BRD als auch in der EU haben es an keinem Punkt geschafft eine gemeinsame Initiative zu starten, um jenseits aller Grabenkämpfe ein geteiltes Ziel, das Ende der Austerität und der autoritären neoliberalen Zurichtung Europas, etwas näher zu kommen. Wie in einem Brennglas zeigt sich an Griechenland bzw. der Politik aller Linken in der BRD, dass die eingefahrenen Formen der Politik, ob bewegungs-, gewerkschafts- oder parteiseitig, nicht taugen.

Verbindende Positionen gab es – wenn überhaupt – nur auf dem Papier, in Erklärungen, Programmen, Solidaritätsadressen. Es genügt nicht, die verbindende Strategie zu formulieren. Wenn sie nicht gemeinsam formuliert wird, bleibt sie wirkungslos. Das Mosaik muss also aktiv zusammengebracht werden, immer wieder, es muss produziert werden, ja organisiert werden, um neben einem besseren Verständnis für Differenzen das Gemeinsame hervorzubringen. Auch das eine Aufgabe, welche die Herausbildung eines spezifischen Wissens erfordert, eines neuen Typs von Intellektuellen, die wir versuchsweise Vermittlungsintellektuelle nennen. Bekanntermaßen kann dies keine Aufgabe Einzelner sein, sondern muss als Aufgabe aller verallgemeinert werden. Dies ist zu verbinden mit einer Strategie der Organisation, um mehr zu werden. Wie erwähnt: auf Grundlage einer

Erneuerung einer Präsenz der Linken im Alltag, den Nachbarschaften, am Arbeitsplatz, dort zu unterstützen, Initiativen zu starten, mitzuorganisieren, wo Menschen ihre Interessen in die Hand nehmen, um mit anderen zusammen die Verhältnisse zu verbessern.

Dabei gilt es über das Mosaik und seine eigene Klassenspezifität hinauszugehen. Eine Verbindung der aktiven Teile der Bevölkerung und allerlei linker Organisationen und Bewegungen reicht nicht aus. Wie erreichen wir jene, die von Politik nichts mehr erwarten und auch keine schlauen Transformationstexte lesen? Hier gilt es noch einen Schritt weiterzugehen, Ansätze eines Transformation-Organizing experimentell zu entwickeln und solches Wissen systematisch aufzubereiten. Also dort hingehen, wo die Abgeschiedenen sind, eine aufsuchende Praxis, die in sozialen Brennpunkten beginnen könnte – in der Perspektive aus diesen Erfahrungen heraus systematisch und massenhaft Organizer_innen auszubilden, eine Bewegungsschule für Vermittlungsintellektuelle, wenn man so will. Das bedeutet im besten Falle eine Überforderung, aber einen notwendigen Schritt, wenn Wirkung erzielt werden soll. Hier müssen Ressourcen und Prioritäten neu justiert werden. Und hier stehen wir noch ganz am Anfang mit unserem Wissen. Auch wenn bei uns eine Dynamik wie in Griechenland oder Spanien fehlt, gilt es jetzt Fähigkeiten zu entwickeln, Dinge vorzubereiten, Organisationsprozesse zu stärken, um sowohl bei mangelnder Dynamik wirken zu können wie auch für eine kommende Dynamik, für das Unvorhergesehene, vorbereitet zu sein für effektive Interventionen und das Erzwingen günstigerer Kräfteverhältnisse.

Literatur

- Albanis, Yannis (2015): Neubeginn in der Sackgasse. URL: zeitschrift-luxemburg.de/neubeginn-in-der-sackgasse/, Zugriff: 20.1.2016.
- Azzellini, Dario (2015): Keine Verdichtung unter dieser Nummer. Das Fenster zu gesellschaftlicher Veränderung hat sich in Griechenland und Spanien wieder geschlossen. In: PROKLA 45(4): 637-648.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Candeias, Mario (2015a): Von grimmigen Märchen und Gespenstern. Ein Beitrag zur Strategieentwicklung von Partei und Bewegungen, RLS, Berlin. URL: rosalux.de/publication/41070/von-grimmigen-maerchen-und-gespenstern.html, Zugriff: 20.1.2016.
- 2015b: Zwischen Marke und verbindender Partei, RLS-Standpunkte 13/2015.
 - (2015c): Demokratische Rebellion. Einige Lehren nach der Kommunal- und Regionalwahl im spanischen Staat. URL: neuesdeutschland.de/artikel/972239.demokratische-rebellion.html, Zugriff: 20.1.2016.
 - (2013): Wo bitte geht's zum Winterpalast? Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation. URL: zeitschrift-luxemburg.de/wo-bitte-gehts-zum-winterpalast/, Zugriff: 20.1.2016.
 - (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik. In: LuXemburg Nr. 1: 6-17. URL: zeitschrift-luxemburg.de/wp-content/uploads/LUX1-2010-Candeias.pdf, Zugriff: 20.1.2016.
- Chatzimichali, Eleni (2015): Stand und Debatte in den Solidarbewegungen Griechenlands, Beitrag auf der 2. Demokratie-Tagung der RLS, „Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links. Wie weiter mit Europa?“, am 14.11.2015, Berlin
- Colau, Ada (2014): „Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen“. URL: zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen, Zugriff: 20.1.2016.

- Gramsci, Antonio (1929-35): Gefängnishefte, 10 Bde. [zitiert GH], Hamburg 1991ff.
- Kaindl, Christina/Rilling, Rainer (2011): Eine neue „gesellschaftliche Partei“? Linke Organisation und Organisierung. In: LuXemburg Nr. 4: 16-27.
- Karitzis, Andreas (2015): The Dilemmas and Potentials of the Left: Learning from Syriza. URL: socialistproject.ca/bullet/1183.php, Zugriff: 20.1.2016.
- Koronakis, Tasos (2015a): Wir haben es bis hierhin geschafft, weil die Einigkeit im Kern unseres Planes stand. URL: zeitschrift-luxemburg.de/wir-haben-es-bis-hierhin-geschafft-weil-die-einigkeit-im-kern-unseres-planes-stand/, Zugriff: 20.1.2016.
- (2015b): Nach dem Coup. Partei und Bewegung – Ende der verbindenden Partei?, Beitrag auf der 2. Demokratie-Tagung der RLS, „Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links. Wie weiter mit Europa?“, am 13.11.2015, Berlin.
- (2011): Linkspartei auf dem Syntagma-Platz. In: LuXemburg Nr. 4: 36-41.
- Panagiotakis, Michaelis (2015): Humanitäres Management eines Protektorats? URL: zeitschrift-luxemburg.de/humanitaeres-management-eines-protektorats/, Zugriff: 20.1.2016.
- Papadopoulou, Elena/Spourdalakis, Michalis (2015): Zwei Monate Syriza-Regierung: Schwierigkeiten und Herausforderungen. URL: zeitschrift-luxemburg.de/zwei-monate-syriza-regierung-schwierigkeiten-und-herausforderungen/, Zugriff: 20.1.2016.
- Porcaro, Mimmo (2013b): Kunststücke. Was eine Partei alles können muss. In: LuXemburg Nr. 2: 142-145.
- (2011): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft. Partei neuen Typs – die »verbindende Partei«. In: LuXemburg Nr. 4: 28-35.
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie, Hamburg 2002.
- Rehmann, Jan (2013): Verbindende Partei oder zurück zum »Bewegungskrieg«? In: LuXemburg Nr. 1: 139-142.
- Sablowski, Thomas (2015): Die Etappenschlappe. In: Junge Welt, 18.7.2015.
- Spourdalakis, Michaelis (2015): Lasst uns den Faden wieder aufnehmen. URL: zeitschrift-luxemburg.de/lasst-uns-den-faden-wieder-aufnehmen/, Zugriff: 20.1.2016.
- Sotiris, Panagiotis (2015): First Thought On the Greek Elections. URL: jacobinmag.com/2015/09/tsipras-syriza-austerity-september-20-election-anel/, Zugriff: 20.1.2016.
- Steyerl, Hito (2007): Einleitung. In: Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien-Berlin: 1-12.
- Strohschneider, Tom (2015): Der griechische Katalysator. URL: neues-deutschland.de/artikel/980173.der-griechische-katalysator.html, Zugriff: 20.1.2016.
- Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen. In: LuXemburg Nr. 3: 118–125.
- Zelik, Raul, 2015a: Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien, Berlin
- Zelik, Raul (2015b): Spaniens Linke erstarkt. Erleben wir die Institutionalisierung von PODEMOS oder eine Rückkehr der Demokratisierungsbewegungen?, RLS, Berlin. URL: rosalux.de/publication/42010/spaniens-linke-erstarkt.html, Zugriff: 20.1.2016.